

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Montag, 23. August.

1880.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmstr. 17)
bei G. H. Miltz & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in Leserbiz bei Jh. Matthias.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Paub & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 587.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 21. August. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den
kaiserlichen Kreisdirektor Freiherrn von der Goltz zum kaiserlichen Mini-
sterialrath im Ministerium für Elsaß-Lothringen, den ständigen Hilfs-
arbeiter im Ministerium für Elsaß-Lothringen, Regierungsdirektor Dr.
Biedel zum kaiserlichen Regierungsrath, und den Regierungsdirektor Haack
in Straßburg zum kaiserlichen Kreisdirektor in der Verwaltung von
Elsaß-Lothringen zu ernennen geruht.

Mit Allerhöchster Genehmigung ist der General-Stabsarzt, Wirk-
liche Geheime Ober-Medizinalrath Dr. von Lauer zu Berlin zum
ordentlichen Honorar-Professor bei der medizinischen Fakultät der dor-
tigen Universität ernannt worden.

Verzegt sind: der Landgerichtsrath Gregorius in Liegnitz als
Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Sebold
in Schneidemühl an das Amtsgericht in Schmalfalden, der Amtsrichter
Schumann in Landsberg, Ostpr., an das Amtsgericht Osterode, Ostpr.,
der Amtsrichter Rohde in Berent an das Amtsgericht in Christburg,
der Amtsrichter Köhmann in Eisleben an das Amtsgericht in Liegnitz,
der Amtsrichter Dr. Bauer in Neppen an das Amtsgericht in Neu-
ruppin. In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der Rechts-
anwalt und Notar Haack bei dem Amtsgericht in Neumünster, der
Rechtanwalt Meyer in Goldberg bei dem Landgericht in Liegnitz, der
Rechtanwalt Neche aus Neufals a. O. bei dem Landgericht in Lands-
berg a. W., der Gerichtsaffessor Gills bei dem Landgericht in Koblenz
und der Gerichtsaffessor Lichauer bei dem Landgericht I. in Berlin.
In der Liste der Rechtsanwältinnen sind gelistet: der Rechtsanwalt,
Justizrath Berendes in Eilenburg bei dem Landgericht in Torgau, der
Rechtanwalt Kallenbach bei dem Ober-Landesgericht in Marienwerder
und der Rechtsanwalt Augsburg bei dem Amtsgericht in Soltau

Politische Uebersicht.

Posen, 22. August.

In Danzig hat am Donnerstag vor einer zahlreich besuch-
ten Wählerversammlung Herr Rickert über die gegenwärtigen
Partieverhältnisse gesprochen. Die Stellung dieses Abgeordneten
in der Volksvertretung und inmitten der nationalliberalen Partei,
sein Einfluß auf die ihm näherstehenden Gesinnungsgenossen,
die Versuche endlich, welche man von anderer Seite macht, um
die Klärung und Scheidung der nationalliberalen Partei zu
hindern, lassen es geboten erscheinen, den Ausführungen des
Landtags- und Reichstagsabgeordneten für Danzig eingehendere
Aufmerksamkeit zu widmen. Seine Rede finden unsere Leser
weiter unten mitgetheilt; auf den Inhalt der Ausführungen des
Herrn Rickert werden wir noch ausführlich zurückkommen.

Der orthodoxe „Reichsbote“, der immer voran ist, wenn es
reaktionäre Vorschläge gilt, befürwortet eifrig die Beseiti-
gung der Freizügigkeit, welche es allein Unbemittelten
möglich macht, den Ort aufzusuchen, wo sie den vortheilhaftesten
Erwerb finden, die es ihnen ermöglicht, einen Ort zu verlassen,
wo die Geschäftskonjunktoren ihnen die Arbeit genommen haben.
Wenn man den Ausführungen des „Reichsboten“ Glauben
schenken wollte, gäbe es erst seit Einführung der Freizügigkeit
und des Unterstützungs-Wohnsitzgesetzes arbeitslose Bagabunden.
Statt dessen lehrt die Geschichte, daß deren Zahl zur Zeit der
strengsten Gebundenheit an den Ort, des ausgebildeten Zunft-
zwangs sehr groß war und zu der damals so allgemeinen Un-
sicherheit der Strafen sehr viel beitrug. Das Wandern der
Gesellen, dessen Vortheile für die damaligen Verhältnisse Nie-
mand bestreiten wird, bot zum Bagabondiren die beste Gelegen-
heit, und „Fechten“ war ein allgeheiligtetes Verkommen. Daß es
für Landgemeinden und Gutsbesitzer hart ist, nach einer Reihe
von Jahren Leute zur Armenunterstützung zurückkehren zu sehen,
die kurz nachdem sie zu voller Arbeitskraft sich entwickelt haben,
den Ort verlassen, mag man zugeben, aber es wird auch in der
Nähe größerer Städte mit dem Abschieben Verarmter und Ge-
brechlicher vor Ablauf der zwei Jahre, welche zum Unterstützungs-
wohnort berechtigen, kein geringer Mißbrauch getrieben. Die
Verpflichtung der Fabrikbesitzer, namentlich an kleineren Fabrik-
orten, zu besonderen Leistungen für die Armenpflege, wäre ge-
wisß wünschenswerth, aber größere Städte, welche durch Handel
und Gewerbe einen bedeutenden Aufschwung genommen haben,
müssen billigerweise auch für die verarmten Arbeiter und ihre
Familien Opfer bringen. Ein förmliches Heimathsrecht, dessen
Besitz nicht Ausnahme, sondern Regel und die Vorbedingung des
vollen staatlichen Bürgerrechts ist, wie es der „Reichsbote“
wünscht, ist mit der ganzen Entwicklung des modernen Lebens
nicht vereinbar und würde die schlimmsten Mißstände früherer
Zeiten wieder zurückführen. Das Volk erkennt aus solchen
Herzensergüssen, wie wenig die Orthodox-Konserverativen vom
Schlage des „Reichsboten“ seine Freunde sind, obwohl sie es in
Wahlzeiten an den herrlichsten Versprechungen nie fehlen lassen

Durch verschiedene Blätter geht die Nachricht von einer
Reise des Fürsten Bismarck nach Gastein. Dort
soll auch ein Abgesandter der Kurie eintreffen und zwar der als
Nachfolger des „Mgr. Jacobini in der Wiener Auniatour be-
zeichnete Kardinal Howard“. Bei den dann stattfindenden Ver-
sprechungen soll es sich darum handeln, der jüngst vom preußi-
schen Landtage angenommenen Kirchenvorlage, welche in ihrer

jetzigen Fassung weder den Wünschen der Katholiken, noch den
Intentionen der preußischen Regierung entspricht, auf Grund eines
Einverständnisses mit der Kurie im Verordnungswege
eine solche Fassung zu geben, daß sie die
Rückberufung der Bischöfe und die Wieder-
besetzung der verwaisten Pfarreien ermög-
licht. Pronuntius Jacobini hat, wie man weiter meldet, in
den letzten Wochen wiederholte Besuche aus dem deutschen Bot-
schaftshotel erhalten und sich auch leghin einer Persönlichkeit der
(österreichischen) katholischen Rechtspartei gegenüber ausgesprochen,
daß neuerlich Annäherungsversuche von Berlin aus gemacht wur-
den. Wir glauben, daß es sich um eine journalistische Ente han-
delt, mindestens soweit die Rückberufung der Bischöfe in Frage
kommt. Im Verordnungswege kann dieselbe nicht erfolgen, das
hat der Justizminister Frieberg ausführlich dargelegt, soweit man
unter der Rückberufung die Wiederzulassung zu amtlichen Funk-
tionen versteht. Darauf kommt es doch aber schließlich am Mei-
sten an. Bis jetzt ist noch nichts davon bekannt geworden, daß
der Justizminister seine juristische Auffassung geändert hat. Aber
freilich, was nicht ist, kann noch werden!

Die Gerüchte, welche über den Nachfolger des bisher-
gen preußischen Handelsministers und Staatssekretärs
Hofmann in Umlauf gesetzt worden, haben in den letzten Tagen auch
behauptet wollen, daß mit dem Abg. von Bennigsen wegen Ueber-
nahme dieser Posten verhandelt worden ist. Wir können, schreibt
die „Tribüne“, auf das Bestimmteste diese Angabe als eine leere
Erfindung bezeichnen. Richtig dagegen ist die zuerst von der Wie-
ner „Presse“ gebrachte Nachricht, daß in der ersten Maiwoche d.
J. allerdings dem Abg. von Bennigsen die Leitung des Reichs-
amts des Innern und der Vorsitz im Bundesrath angetragen,
von ihm aber abgelehnt worden ist. Wahrscheinlich handelt es
sich hier um eine Verwechslung.

In Wien sind mehrere Personen sozialdemokratischer Rich-
tung, welche als Gegendemonstration gegen das zur Nachfeier des
Geburstages des Kaisers am Sonntag stattgefundene patriotische
Fest Flugchriften verbreiten wollten, verhaftet worden. Eine von
dieser Partei zu gleichem Zwecke einberufene Volksversammlung
wurde polizeilich verboten.

Die russische „Gesellschaft“ publizirt einen kaiser-
lichen Ukas betreffend die Aufhebung der höchsten Exe-
kutive-Kommission und der dritten Abtheilung der Ge-
heimen Kanzlei des Kaisers, sowie die Errichtung eines neuen
Ministeriums für Post und Telegraphen. — Die am 14. d. M.
vom Militär-Kreisgericht zu Kiew in dem Prozesse wegen Bil-
dung einer gesetzwidrigen Gesellschaft zum Zweck des gewaltsamen
Umsturzes der bestehenden Staatsordnung gegen zwei Angeklagte
erkannte Todesstrafe ist vom Kaiser in lebenslängliche Zwangs-
arbeitsstrafe umgewandelt worden.

Die maßgebenden Personen in Frankreich bemühen sich, die
chauvinistischen Erörterungen, welche Gambetta in weinseliger
Laune auf dem Cherbourger Bankett vom Stapel gelassen hat
energisch zu dementiren und die Friedensliebe Frank-
reichs zu betonen. Am Unzweideutigsten ist dies in dem bereits
telegraphisch erwähnten Toast geschehen, den der Ministerpräsi-
dent Freycinet am Donnerstag auf einem Bankett in
Montauban ausgebracht hat. Freycinet erklärte:

Die Generalwahlen mußten auch Blinde erleuchten, daß die
Republik gegenwärtig nur nominell existirt und bald ver-
schwinden wird. Die Wahlen zeigten den Willen des Landes, ex-
treme Parteien fern zu halten; es will weder Revolutionäre
der Rechten noch der Linken. Es will maßvoll fortfahren,
nichts kompromittiren, nicht überstürzen. Die Stimmabgabe des Lan-
des erscheint um so wichtiger, als durch ein Halbjahr Alles geschah,
das Land zu verzerrten und aus dem Gleichgewicht zu bringen. Nie
sah man eine ähnliche Fluth von Schriften und Worten; nie wurde
eine Regierung mehr angegriffen, verleumdet und beschmutzt, und die
Wahrheit mehr entstellt; nie der gesunde Volkssinn einer härteren
Probe ausgesetzt. Wir ließen Alles geschehen und sagten: Die
Regierung muß sich nicht durch Preßprozesse, sondern durch eine
gute Politik verteidigen. Wenn wir gut regieren, so fallen die An-
griffe weg. Sie billigen unsere Politik! Wirthschaftlich verfolgen
wir die Entwicklung des Landes, wollen rasch diese Hülfsmittel
vervollständigen und die öffentlichen Arbeiten beschleunigen. Nach
hundert Millionen bemittelt sich deren Fortschritt. Im Jahre 1878
verausgabte ich 100, 1879 200, heuer 300 Millionen; 1881 werden es
400 sein. So wollen wir bis 1890 fortfahren. Unsere Gegner ver-
lachten dieses Programm, weil es nur zu sehr der Republik nützt.
Darüber verringern wir im großen Maßstabe die Steuern. Steuer be-
antragen wir eine Verringerung der Steuer um 160 Millionen. Das
Land giebt sie als vermehrte Konsumsteuer zurück. Wir verbreiten den
Unterricht nach allen Seiten. In wenigen Jahren wird ein des Lebens
und Schreibens Unkundiger ein Abkömmling sein, unsere Schulen werden
den Schulen in keinem anderen Lande nachstehen, und der Staats-
unterricht nicht die Konkurrenz der geistlichen Korporationen fürchten.
Das führt mich auf die vielversprochenen März-Defrete. Man nennt
uns Religionsfeinde. Ich achte die Religion. Niemand bedroht die
Religion, sonst würde die Regierung dieselbe verteidigen, aber Assozi-
ationen, welche das Konkordat nicht vorhergehen hat, dürfen nicht
unter dem religiösen Deckmantel sich über das Gesetz stellen. Als
Uebergänge derselben im Unterrichtsministerium vorkamen, wendeten
wir das Gesetz gegen die mächtigste Korporation, gegen die Jesuiten,
an. Für die anderen Kongregationen bestimmten die Defrete keinen
Zeitpunkt. Wir werden uns nach den Umständen und der Haltung

der Kongregationen richten. Von ihnen wird es abhängen, ob sie die
Wohlthat des neuen, vorbereiteten Gesetzes genießen werden.“

Die äußere Politik Frankreichs betreffend, sagte
Minister Freycinet:

„Sie finden in den uns feindlichen Zeitungen oft mehr oder min-
der beunruhigende Gerüchte über den Stand unserer Beziehungen und
die Anklage, daß die Regierung sich in mehr oder minder inopportune
Interventionen bei sozulagen entscheidenden Entwicklungen eingelassen
habe. Glauben Sie das nicht. Niemals war die Situation besser.
Es ist wahr, Frankreich ist aus der Isolirung, wozu die Ereignisse es
verurtheilt haben, herausgetreten und hat seinen Platz in der allge-
meinen Politik wieder eingenommen. Eine Isolirung hätte Ihrem großen
Landes nicht konvenirt, weder seinen Interessen, noch seiner Würde.
Aber von einer Politik der Abenteuer ist Frankreich sehr ferne. Diesen
Zwischenraum werden wir nie durchschreiten. Ich fenne zu gut die
Wünsche des Landes. Frankreich will auf Bestimmte den
Frieden und will nichts thun, was es kompromittiren könnte.
Glauben Sie diesen Versicherungen und achten Sie gegentheilige Ge-
richte nicht. Sie sehen, die Situation nach Außen und Innen ist gut.
Nach Außen hin ist Friede, ein tiefer Friede ohne Schwäche;
im Innern Sicherheit, Ruhe und Arbeit; ferner eine finanzielle Pros-
perität ohne Beispiel, eine kaufmännische und industrielle Thätigkeit,
welche alle Voraussetzungen übertrifft und welche auf der unabweisbaren
Festigkeit der Regierung, wie auf der Weisheit der Bevölkerung beruht.
Von Ihnen hängt es ab, diese Situation festzuhalten und durch Wahlen,
wie in die Generalräthe, die Regierung zu stützen. Befestigen Sie
weisse die gemäßigte fortschrittliche, demokratische Republik; vollenden
wir die Einheit im Lande; seien wir liberal, tolerant, und vergessen
wir, daß wir aufgehört haben, eine Partei zu sein, und daß wir
Frankreich selbst sind. Ich trinke auf das Wohl des Präsidenten der
Republik.“

Kein Tag ohne eine Dummheit über Deutschland!
ist die Parole des pariser „Télégraphe“, obgleich ober
weil er ein offizielles Organ ist. Jetzt muß die „tunesische
Frage“ herhalten; man höre: „Die tunesische Frage, das
ist nicht zu vergessen, ist neueren Ursprunges; auf dem Berliner
Kongresse ward sie geboren und Herr v. Bismarck hat sie mit
allem Zuhör geschaffen, indem er Tunis Herrn Waddington
anbot. Schon damals bildete Tunis bei seinen Projekten den
Erisapfel, den er zwischen uns und Italien werfen wollte. . . .
Tunis hat Frankreich nicht reizen können; Herr v. Bismarck will
es mit Italien versuchen. Herr v. Bismarck hat, das liegt auf
der Hand, Italien zur Zeit nöthig. Es ist seine beständige
Regel, stets nicht bloß einen, sondern zwei Bundesgenossen zu
haben, zwischen denen er die Rolle des Schiedsrichters spielt und
die er von oben herab behandelt. Rußland und Oesterreich ha-
ben eine Zeit lang diese Rolle als untergeordnete Genossen ge-
theilt. Rußland zog sich, und zwar nicht ohne sich über die
Vertheilung der Errungenschaften zu beschweren, zurück; der
Platz wurde seit dem Berliner Kongresse England angeboten, und
ohne Lord Beaconsfields Sturz wäre das Geschäft zu Stande
gekommen. Heute wird Italien eruchtet, in das Haus einzu-
treten, das in der Wilhelmsstraße steht.“ In diesem so
albernen wie boshaften Tone bewegt sich der „Télégraphe“ drei
Spalten lang.“

Das „Journal des Debats“ schließt eine Dar-
legung der „tunesischen Frage“ mit einer scharfen Ver-
warnung an das italienische Volk; es ruft ihm zu: „Italien
mag sich in Acht nehmen! Es ist schlimm für ein Volk, wenn
es immer in der Einbildung lebt. Unsere Nachbarn, welche
uns das Recht nicht aberkennen werden, zu ihnen als zu Freun-
den zu reden, thäten wahrlich besser, sich mit der Hebung ihrer
eigenen Finanzen zu befassen, statt daß sie die des Khebidus zu
heben suchen oder den Unternehmungen der Gesellschaft Rubat-
tino Zinsgarantien erteilen.“

Der irische Staatssekretär, Herr Forster, ist
nach Dublin abgereist und alle Welt fragt: weshalb? Die
Erklärung ist einfach. Den vicelköniglichen Behörden ist es dring-
lich darum zu thun, sich mit dem Staatssekretär über die für
gewisse Fälle zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen, und
dem Ministerium liegt nicht minder viel daran, daß Herr Forster
in Dublin persönlich Einsicht nehme in die Verhältnisse der Insel,
um dem Kabinet über sie Bericht abzustatten. Aller Wahr-
scheinlichkeit nach wird dies bis Sonntag geschehen sein, denn bis da-
hin soll Herr Forster wieder in London angelangt sein. Da Reisen
ähnlicher Art zu den gewöhnlichsten Dingen gehören, werden sie
in gewöhnlichen Zeiten nicht beachtet. Daß der Forstersche Reife
aber so viel Berücksichtigung geschenkt wird und so viele Zeit-
artikel gewidmet werden, ist nur ein neuer Beweis für die Be-
sorgnisse, mit denen die letzten irischen Vorkommnisse in London
verfolgt worden. „Die Lage Irlands“ ist zum stehenden Artikel
englischer Blätter geworden, gerade so wie „die Lage in Afga-
nistan“ und „die Lage in Konstantinopel“. Gewissenhafter als
je wird jede Schlägerei, jeder Unfug, jeder Fall von Widerse-
lichkeit gegen die Behörden berichtet und, wie immer in derarti-
gen Fällen, wird gelegentlich viel übertrieben und gelogen. So
scheint die haarsträubende Nachricht, daß in dem Eisenbahntunnel
der Stadt Cork eine große Anzahl mit Schießpulver gefüllter
Fässer entdeckt worden sei, eine bloße Erfindung gewesen zu
sein. Anfangs hieß es eine „ganze Reihe“ von Fässern, später
schrumpfte die „Reihe“ auf zwei Fässer zusammen. Die Po-
lizei aber stellt febt diese zwei Fässer in Abrede. Was mit

ihnen hätte bezweckt werden sollen, ist übrigens nicht leicht zu errathen. Aengstliche Leute behaupteten freilich sofort, daß man es hier mit einem Bubenstück der Fenier zu thun habe, die den Tunnel und mit diesem die über ihm gelegene Kaserne hätten in die Luft sprengen wollen. Worauf jedoch zu erwidern ist, daß zwischen der Wölbung des Tunnels und der über ihm liegenden Flächen eine Erdschicht von so ansehnlicher Dicke sich befindet, daß deren Sprengung vom Tunnel aus kaum bewerkstelligt werden könnte. Nebenbei bemerkt liegt besagte Kaserne nicht einmal unmittelbar über besagtem Tunnel. Wenn trotzdem die Polizei- und Militärbehörden ihre Vorsichtsmaßregeln verschärfen, so thäten sie damit nur ihre Schuldigkeit, und wenn die behabigeren Bewohner von Cort etwas ängstlich geworden sind, so darf man sie deshalb nicht allzu scharf tabeln. Andererseits wäre es vom Uebel, wenn der Schrecken den Leuten und Behörden allzu sehr in die Glieder führe. Ruhe, Festigkeit und Strenge in der Handhabung der Gesetze haben sich bisher noch immer als die besten Mittel gegen irische Aufstandsversuche bewiesen. Wofür sie aber nicht ausreichen sollten, dann allerdings würde an die Regierung die traurige Pflicht hinantreten, die von ihr vor Kurzem erst aufgehobenen Ausnahme Gesetze von Neuem ins Leben zu rufen. Wollte sie dann die Schuld auf das Oberhaus wälzen, weil dieses die Pächter-Entschädigungsvorlage zurückgewiesen habe, so mag ihr diese Ausrede gestattet sein. In Wahrheit jedoch hat die Verwerfung der genannten Vorlage schlechterdings nichts mit den jetzigen schlimmen Anzeichen in Irland gemein. Durch sie allein wäre der böse Geist nimmer gebannt, durch sie wären die Forderungen der irischen Patrioten nimmer zufriedengestellt worden. Die „irische Frage“ läßt sich durch eine Parlamentsbill eben so wenig wie die „orientalische Frage“ durch eine Kollektionsnote aus der Welt schaffen. Jene droht gleich dieser zur stehenden, ewig wiederkehrenden zu werden.

Die Russen ziehen, so wird aus Bukarest gemeldet, bei Leova am Pruth ein Armeecorps zusammen, welches aus circa 25,000 Mann besteht, wovon 10,000 Mann Infanterie und 3000 Mann Kavallerie, sowie acht Batterien bereits in der Umgebung des Städtchens lagern. Weitere 5000 Mann Infanterie und 8000 Mann Kavallerie sind von Bender am Marsche und stehen augenblicklich bei Karabunar in Bessarabien.

Aus Belgrad wird gemeldet, in ministeriellen Kreisen werde auf das Bestimmteste erklärt, daß in Folge der schlechten Reise des Fürsten Milan die Entlassung des Kabinetts Ristic's unausweichlich geworden sei. Man bezeichne ein künftiges militärisches Zusammengehen Serbiens mit der austro-deutschen Allianz als abgemacht und glaubt, daß ein dem neuen Ministerium gewährtes Entgegenkommen Oesterreichs in der Frage des Handelsvertrages dem baldigen politischen Anschlusse Serbiens an die austro-deutsche Entente Vorschub leisten werde. Ristic sucht aus seiner eventuellen Entlassung als Märtyrer österreichischer PreSSION Kapital zu schlagen, während sein Anhang noch immer auf einen Umschwung der Situation nach der Rückkehr des Fürsten von Jschl hofft.

Ein Telegramm des Reuter'schen Bureaus meldete, der türkische Polizeiminister Hafis Pascha sei „seiner fanatischen Ansichten halber“ abgesetzt worden; in den englischen Blättern findet sich dieselbe Aeußerung. Leute, welche den nunmehr gestürzten Würdenträger persönlich gekannt und zur Zeit seiner Amtsführung die letztere häufig genug scharf angegriffen haben, erheben dieser Beschuldigung gegenüber ein Wort zur Vertheidigung des Exministers. Hafis Pascha war durchaus keine fanatische Natur, er war im Gegentheil ein gutmüthiger, aber schwacher und energieloser Mann. Im Jahre 1878 übernahm er auf Wunsch des Sultans die Leitung der Polizei in Konstantinopel und begann seine Amtsführung damit, daß er eine Denkschrift an die hohe Pforte richtete, in welcher er lebhaft für die pünktliche Bezahlung der Polizeibeamten und für eine Vermehrung der Zapftiehs eintrat. Zu gleicher Zeit tagte gerade eine Kommission „zum Zwecke der Einschränkung der Staatsausgaben“ und an diese gelangte die Denkschrift des Ministers zur Aeußerung. Die Antwort war, daß man das ohnehin spärlich bemessene Personal der Polizeidirektion bedeutend verringerte. Wäre Hafis Pascha eine kraft- und würdevolle Persönlichkeit gewesen, so hätte er unter diesen Umständen seinen Abschied einreichen müssen; aber er blieb und dieser Fehler hatte sich bitter gerächt. Zwei Jahre lang versuchte der Minister mit besten Kräften den Forderungen, welche die Leitung eines so verantwortungsvollen Postens ihm auferlegte, zu genügen. Daß es nicht gelang, war weniger seine eigene Schuld, als die der Verhältnisse. Der Nachfolger, Hadschi Hafis, wird es ebensowenig als sein Vorgänger vermögen, mit einem ungenügenden Personal, welches dazu höchst unregelmäßig bezahlt wird, das Polizeiministerium befriedigend zu verwalten. Wenn die türkische Regierung ihren Polizeibeamten — durchgehends Männer in vorgerücktem Lebensalter mit starker Familie — den kärglichen Sold vorenthält, so zwingt sie die armen Teufel, sich ihre Bezahlung da zu suchen, wo sie sie finden, bei Dieben, Räubern, Hehlern und sonstigen Feinden der öffentlichen Sicherheit. Den hieraus entstehenden unheilvollen Verhältnissen zu steuern, vermag kein Polizeiminister, und sei er auch ein Muster von Rechlichkeit und Energie.

Wie der „Times“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ist ein Ministerwechsel in nächster Zeit zu erwarten. Der Sultan soll geneigt sein, den früheren Großvezir Seid Pascha wieder an's Ruder zu bringen. Seid wurde, wie man sich erinnern wird, sofort nach der ersten Audienz Goshen's entlassen, als der Sultan, erschrocken über die Sprache des neuen britischen Botschafters, es für gut hielt, eine versöhnliche Haltung anzunehmen. Der Ex-Großvezir blieb einige Wochen scheinbar in Ungnade, als jedoch die Befürchtungen im Palais sich legten und die Ueberzeugung um sich griff, daß die Mächte nicht die Grenze eines diplomatischen Druckes überschreiten würden, erlangte

er allmählig seinen alten Einfluß wieder und ist heute so mächtig als irgend ein Minister.

Nickert's Rede in Danzig.

In Betreff der nationalliberalen Parteiverhältnisse bemerkte Herr Nickert zunächst, daß eine Krisis thatsächlich vorhanden sei. Es könne nicht in Abrede gestellt werden, fuhr er fort, und es sei für Jedermann offenkundig, daß seit der neuen Wirthschaftspolitik Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Dinge innerhalb der nationalliberalen Fraktion hervorgetreten, ebenso offenkundig sei es, daß die Differenzen sich später auch auf andere Gebiete erstreckt hätten. Namentlich sei es zu bedauern, daß die Spaltung der nationalliberalen Fraktion in der Kirchengesetzfrage nicht hätte vermieden werden können. Diese Spaltung hätte weitere Kreise tief und nachhaltig berührt. Daß der frühere Minister Falk mit seinem von vornherein ausgesprochenen entschiedenen Widerpruch gegen das Gesetz Recht gehabt, hätten die nachfolgenden Vorgänge bewiesen: Die Rede des Ministers v. Puttkamer im Herrenhause, worin er die zu Stande gekommene Vorlage als eine „Abschlagszahlung“ bezeichnet, die Haltung des Zentrums und des Papstes. Herr Nickert erklärte, ihm sei es schlechterdings unmöglich, einem Kultusminister, mit dessen Verwaltung die Liberalen alle Ursache hätten unzufrieden zu sein, ein Gesetz zu bewilligen, dessen Zweck und Tendenz unklar und das vom Zentrum a limine zurückgewiesen sei.

Nach dieser Einleitung ging Herr Nickert auf die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Parlament ein; er erklärte dieselben als eine Gefahr für unser öffentliches Leben. So nützlich es auch dem Reichsfanzler in einzelnen Fragen gewesen sein möge, die Stützen zu wechseln und das eine Gesetz mit dem Zentrum, das andere mit den Liberalen zu Stande zu bringen, für die Dauer sei ein solcher Zustand unbalancierbar, er müsse zur vollständigen Unsicherheit und zu sehr gefährlichen Schwankungen in unserer inneren Entwicklung führen, demoralisierend und desorganisierend auf das politische Leben und die politischen Zustände wirken. Windthorst's Rede mit ihren Anerbietungen gegen die Regierung scheine auch in einigen liberalen Kreisen in einer wenig erfreulichen Weise gewirkt zu haben. Das leitende Blatt der rheinischen Liberalen erklärte bereits, daß die Börsen-, Bier- und Braumweinsteuer ohnehin bewilligt werden würden, sei es unter Beibehaltung des Frankfurter Antrages von Konservativen und Zentrum oder unter Aufhebung desselben von Liberalen und einem großen Theil der Konservativen. Sollte die Sache wirklich schon so stehen? Herr Nickert bezweifelt das. Er und gewiss auch eine Anzahl von Freunden würden nicht zu denjenigen gehören, welche lediglich, um dem Zentrum den Rang abzulaufen, diese neuen Steuerbewilligungen machen werden. Daß solche Auffassungen überhaupt möglich, sei eine sehr bedenkliche Folge unserer gegenwärtigen Parteiverhältnisse, das Resultat der Politik des „an der Wand Drückens der Nationalliberalen“. Auf seinem Gebiet sei je mit einer solchen Schnelligkeit und Leichtigkeit operirt, wie auf dem der Zoll- und Steuerpolitik. Man spreche fortwährend von Entlastung von den schwer drückenden Steuern, aber Niemand habe bis jetzt gesagt, wie man dazu gelangen wolle. Niemand habe einen festen, klaren Plan vorgelegt. Trotz der vielen Steuer-Auseinandersetzungen wisse man im Lande noch absolut nicht, wie die Staatsregierung ihr Programm durchzuführen gedenke. Ehe man neue Steuern bewilligen könne, müsse man doch erst das Resultat der letzten Bewilligung abwarten. Die Erhöhung des Militär Etats um 17 Mill. werde doch den ganzen Betrag der 100—130 Mill. neuer Steuern nicht aufheben, zumal wenn die in Aussicht gestellten Erfolge der neuen Wirthschaftspolitik die gehoffte Erfrischung der Staatsfinanzen im Bergwerks-, Eisenbahn- und Forstetat ermittellich machen würden. Unbegreiflich sei die Glasigkeit, mit welcher die konservativen Zeitungen ihre großen Steuerprogramme entwickelten und anpriesen. Ein gemäßigtes Programm nenne man es: Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer, Streichung der unteren Klassensteuern, Ermäßigung der übrigen Klassensteuer- und Einkommensteuerebenen bis 6000 M. um die Hälfte. Dazu seien für Preußen ca. 70 Millionen anderer Steuern erforderlich, im Reich also ca. 110 Millionen. Bisher seien aber nur die Börsensteuer incl. Drittungssteuer, die Biersteuer und vielleicht die Wehrsteuer in Frage gewesen. Diese aber reichten noch nicht einmal hin, um die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer durchzuführen. Und seien die Erfolge, wenn Letzteres geschehen könnte, so glänzend? Für Danzig würde sich die Sache wie folgt stellen: 18,293 Zensiten, d. h. nahezu die Hälfte aller Zensiten hätten ein Jahres-Einkommen von unter 420 Mark, sie zahlten überhaupt keine direkte Steuer, sie würden also durch die neue Steuerpolitik belastet, nicht entlastet. Wenn die halbe Grund- und Gebäudesteuer überwiesen würde, so würden in Zukunft statt 1,130,000 M. Kommunal-Einkommensteuer nur ta 1,000,000 M. erhoben werden dürfen, also 1/10 weniger. Im Einzelnen wäre der Erfolg dieser: die unterste Stufe, die nach dem Soll pro 1878/79 ca. 11 M. an Staats- und Kommunalsteuern zahle, werde noch nicht 1 M. weniger pro Jahr zahlen, die 2. Stufe statt wie bisher 21 M. 60 Pf. 1/2 M. weniger, die 3. Stufe statt 32 M. 40 Pf. 2 1/2 M. weniger, die 12. Stufe statt 259 M. 20 Pf. etwa 21 M. weniger. Stehe diese Ermäßigung etwa im Verhältnis zu den Beträgen, welche diese Steuerzahler jetzt an Zöllen für Lebensmittel und andere notwendige Bedarfsartikel zu entrichten haben. Wenn man sich die Mühe nehme, die Steuerprojekte etwas mehr im Detail klarzulegen, so würde manche Illusion schwinden. Die Liberalen können und dürfen sich der Verpflichtung nicht entschlagen, diese Frage nach eigenem gewissenhaften, lediglich in der Sache begründeten Ermessen zu entscheiden; Nebenrücksichten und vor Allem die Rücksicht auf das Zentrum dürfen nicht maßgebend sein, davon hänge die finanzielle Leistungsfähigkeit der Nation ab. Man arbeite jetzt auf diesem Gebiete mit einer Hast, daß selbst der Abgeordnete kaum noch zu folgen vermöge. Die preußische Steuerreform von 1920 sei durch eine 10jährige sorgfältige Arbeit vorbereitet worden. Jetzt seien neue Steuerreformprojekte fast eine alltägliche Erscheinung. Ihre Verfechter wüßten dafür aber meistens nur Nebensachen statt Thatsachen, an denen sich das Volk die Wirkungen solcher Projekte klar machen könne, vorzubringen. Nichts sei gefährlicher, als schnelles Experimentiren auf dem Gebiete der Finanz- und Zollpolitik. Was sei aus den Hoffnungen des vorigen Jahres geworden? Sei ein anderer Aufschwung bemerkbar, als der aus einer besseren Lage des Weltmarkts, namentlich aus dem größeren Bedarf von Amerika resultierende? Habe die Wirthschaftsreform zu mehr und besser bezahlter nationaler Arbeit geführt? Seien die Erwartungen der Landwirthe erfüllt? Könnte man sich nicht Glück wünschen dazu, daß das Ausland jetzt, wo gewiß keine Hunderttausende von Scheffeln unverkäuflich umhertreiben würden, uns an Korn liefern, was uns fehle? Sei namentlich die Eisenbahnpolitik den Hoffnungen, die man sich gemacht, entsprechend?

Herr Nickert ging alsdann auf die Verhältnisse der Parteien im Reichstag und Landtag über. Seine Freunde in der Heimath wüßten, daß er seit längerer Zeit kein Fraktionsfanatiker und daß er immer dahin gestrebt habe, Verständigung und Frieden unter den Liberalen zu erhalten. Der Zwiespalt und der Kampf unter den Liberalen sei für die gemeinsame Sache verhängnisvoll geworden. Wie sehr man auch über das Streben spotten möge, eine durchgreifende Besserung unserer inneren Verhältnisse sei nur zu erwarten, wenn wir zu großen Parteien gelangen. Die Konservativen hätten es verstanden, sich von Köller bis Stöcker zu vereinigen, sie wären vor Allem im Lande bei den Wahlen zusammen gegangen. Wenn man von vornherein sage, es sei unmöglich, dann arbeite man nur denen in die Hände, welche aus triftigen Gründen die Verständigung unter den Liberalen nicht wollten. In Tausenden von Wählern lebe, was man auch sagen möge, der Gedanke, an ihnen liege es, Hand anzulegen zur Verwirklichung desselben. Im Parlament freilich wird in der Bildung großer Parteien wahrscheinlich noch größere Hindernisse entgegengetreten. Dort möge auch zur Zeit das Fraktionswesen, obgleich es an

sehr schweren Mängeln leide, bestehen, jedenfalls dürfe es nicht auf die Wählerchaften übertragen werden. Es würde nur zur Schwächung der Liberalen beitragen. Es gäbe auch eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, in denen in allgemeinen liberalen Wahlvereinen die Verständigung über die Kandidaten erfolge und ein Fraktionsunterschied gar nicht gemacht werde. Die liberalen Wählerchaften bräuchten einfachere Formen für ihre gemeinsame Wirksamkeit, sie trieben in klareren, festeren Zügen Politik. Wenn die „Köln. Ztg.“, welche übrigens vor den letzten Landtagswahlen dringend die Einigung aller Liberalen befürwortet hat, meint, eine ausgesprochenen gegen den Reichsfanzler gerichtete Majorität im Lande sei un erreichbar, so wäre dies keine richtige Fraktionsstellung. Muß denn eine liberale Majorität notwendig gegen den Reichsfanzler gerichtet sein? Seine auswärtige Politik habe stets die Anerkennung und Unterstützung der Liberalen gefunden und seine innere Politik, soweit sie mit den Anschauungen der Liberalen harmonirte und Fortschritte in unserer öffentlichen Entwicklung zuließ, ebenfalls. Auch in Zukunft würden die Liberalen alle Vorlagen lediglich ihrem Inhalt nach prüfen und sie würden sich gewiß freuen, wenn sie den Reichsfanzler unterstützen könnten. Das werde man doch aber von keinem Liberalen verlangen, daß er die Politik der Konservation treibe, nur um selbst Stütze des Reichsfanzlers zu sein und das Zentrum dazu nicht kommen zu lassen. Es sei ein ganz unberechtigter Vorwurf, der in einem Theil der nationalliberalen Presse den Mitgliedern des sogenannten linken Flügel gemacht werde, daß sie starre Prinzipienreiterei und Opposition um jeden Preis wollten. Eine Politik freilich, wie sie jetzt von einem Mitgliede der nationalliberalen Partei im „Sannoc. Courier“ und in andern nationalliberalen Blättern empfohlen würde, und die als Taktik empfehle, sich zu einzurichten, daß man die „unentbehrliche Stütze“ der Regierung werde und die sich auch u. U. in den heftigsten und unbegründetsten Angriffen gegen einen Mann wie Kaiser fundgebe, werde von ihnen nicht akzeptirt werden, ebensowenig wie die neue Wirthschafts- und Steuerpolitik. Es sei leider Thatsache, daß in der nationalliberalen Fraktion seit der Wirthschaftsreform wegen der wirthschaftlichen Fragen und neuerdings auch über die in wichtigen Sachen einschlagenden Wege — bezüglich der Ziele sei man einig — erhebliche Meinungsverschiedenheiten herrschten, welche die Kraft und Aktionsfähigkeit lähmten. Da liege die Frage allerdings nahe, ob es nicht zweckmäßig und im Interesse beider Theile sei, wenn der dissentirende Theil den Fraktionsverband aufbehe. Die Fraktionen im Parlament seien schließlich nur die Formen für eine erprießliche Thätigkeit; könne man die letztere in Uebereinstimmung, mit seiner Ueberzeugung nicht mehr entfalten, so habe das Festhalten an der Form keinen Werth. Ohne an dieselbe gebunden zu sein, werde man besser und unter Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen neben einander arbeiten und wirken können.

Am Schluß seines Vortrages bezeichnete Herr Nickert die Ziele einer großen liberalen Partei. Es gelte jetzt Front zu machen gegen alle rücksichtlichen Bestrebungen der Konservativen und des Zentrums, es sei das, was die Liberalen in langer mühsamer Arbeit errungen, zu vertheidigen. Aufrechterhaltung der Falk'schen Politik in Schule und Kirche, Aufrechterhaltung der Delbrück'schen Zoll-, Münz- und Handelspolitik, Ruhe und Sicherheit für das gesammte Erwerbsleben der Nation, Abwehr aller bedenklichen wirthschaftlichen und Steuer-Experimente, volle Aufrechterhaltung der Rechte der Volksvertretung — das sei das gegebene Programm für die liberale Partei. Die Korrespondenz des deutschen Vereins, das Organ der rheinischen Liberalen, erkläre sich in diesen Tagen für die Wiedervereinigung sämtlicher liberalen Kämpfer für die großen idealen Güter unserer Nation unter der Fahne Falk's, es müsse aber die Zollfrage absolut bei Seite gelassen werden. In diesem Umfange sei die Bedingung nicht zu akzeptiren. Kein Freihändler werde den Versuch machen, den vorjährigen Zolltarif ohne Weiteres wieder aufzuheben, die Industrie, welche die fortwährenden Beunruhigungen und Änderungen nicht ertragen könnten, nehmen auch die Freihändler, aber als ein in allen Theilen unantastbares Werk könne man doch den Zolltarif nicht betrachten. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß auch die Freunde der neuen Wirthschaftspolitik sich dazu würden entschließen müssen, die namentlich nach unten hin wirkenden Zölle aufzugeben. Wer die Verständigung ernstlich wolle und unbefangenen die thatsächlichsten Verhältnisse betrachte, werde sie auch finden. Herr Nickert wies dabei auf den Wahlauftritt der Nationalliberalen von 1878, der ausdrücklich an den großen Grundzügen der ein halbes Jahrhundert erprobten Handelspolitik festhalten wissen wolle. Mit dem Rufe „Einig und dann vorwärts!“ schloß Herr Nickert seinen Vortrag, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Locales und Provinziales.

Posen, 23. August.

r. [Das Wettrennen.] welches der Herren-Reiterverein für die Provinz Posen veranstaltet hatte, fand gestern Nachmittag auf dem Exerzirplatze bei Dembsien gemäß dem bereits mitgetheilten Programme und unter lebhafter Theilnahme statt. Aus Stadt und Provinz Posen waren zahlreiche Zuschauer, insbesondere Offiziere und Gutsbesitzer, anwesend. Ein Extrazug der Kreuzburger Eisenbahn, welcher von hier spät Abends abging, beförderte die Pferde derjenigen Offiziere, welche von den Kavallerie-Übungen bei Schroda zu dem Wettrennen erschienen waren, dorthin zurück. Einen näheren Bericht behalten wir uns vor.

r. [Militärisches.] Der kommandirende General v. Pape, Generalleutnant v. Alvensleben, Oberst v. d. Decken (Kommandeur der 10. Kavallerie-Brigade) und Oberst v. Kretschman sind heute Morgen nach Schroda zu den dortigen militärischen Übungen gereist.

r. General-Superintendent Dr. Geß reiste Sonnabend Nachmittags von hier nach Bronke, und kehrte gestern Nachmittag von dort hierher zurück.

r. Der Wasserstand der Warthe ist in langsamem Fallen. Nachdem er Sonnabend Morgen noch 10 Fuß betragen, war er Sonntag Morgen auf 9 Fuß 10 Zoll und heute schon auf 9 Fuß 7 Zoll gefallen. Die Eichwaldstraße ist bereits fast ganz wasserfrei.

r. Feuer. Sonnabend Abends 9 Uhr war beim Dorfe Rataj in dem Weitzer Lorenz Jeske gehörige Getreidehohler in Brand gerathen. Von hier war die Landspitze dorthin abgegangen; andere Spritzen waren jedoch nicht erschienen. — Die Feuerwache wurde Sonnabend Abend 11 1/2 Uhr von der Wallfischei aus zu Hilfe gerufen. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die Alarmirung unnöthig gewesen und lediglich dadurch veranlaßt worden war, daß in der Dienfabrik auf dem Grundstücke Wallfischei 58 Thonwaaren gebrannt worden, wobei die Flamme aus dem Schornstein des Brennofens herausschlug.

Telegraphische Nachrichten.

München, 21. August. Se. K. K. Hoheit der Kronprinzessin heute Mittag 12 1/4 Uhr hier ein, wurde auf dem Bahnhof von Ihrer K. Hoheit, der gestern hier angekommenen Frau Erbprinzessin von Weiningen, sowie von dem preussischen Gesandten Graf Werthern und dem Gesandtschaftspersonal empfangen und setzte, nachdem er das Diner im Königsalon eingenommen, um 1 Uhr 50 Minuten die Reise nach Murnau bei Oberammergau

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Aug. Wind: N. Wetter: Schön. Weizen per 1000 Kilo loco 215-245 M. nach Qualität gefordert, W. Rohn 238-240 M. a. B. bez., per August 216-218-219 1/2 bez., per August-Sept. - bezahlt, per September-Oktober 204 bis 205 1/2-204 1/2 bez., Dttbr.-November 199-198 1/2 bez., November-Dez. 198 bez., per April-Mai 198-198 1/2 bez., per August-September - Zentner. Regulierungspreis - M. - Roggen per 1000 Kilo loco 184-210 M. nach Qual. gefordert, Ruffischer 186 M. ab R. bezahlte inländischer 205-210 Mark ab Bahn bezahlte, feiner - M. f. W. bezahlte, per August 192-195-193 1/2 bez., per August-September 185-188-186 1/2 bez., per Sept.-Okt. 179 1/2-183-182 bezahlte, per Oktober-November 175 1/2 bis 177 1/2 bezahlte, per November-Dezember 174 1/2-177-176 bezahlte, per April-Mai 172-174-172 1/2 bezahlte, Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - M. bezahlte. - Gerste per 1000 Kilo loco 150 bis 190 Mark nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 142-172 M. nach Qualität gefordert, Ruffischer 145-156 M. bez., Ost- und Westpreussischer, Pommerischer und Mecklenburger 157-162 bezahlte, Schlesiener 153-160 bez., Böhmischer 157-162 bezahlte, Galizischer - bez., August 148 M. bezahlte, per Sept.-Okt. 144 1/2 bezahlte, per Oktober-November 140 1/2 bezahlte, per April-Mai 141 1/2 bezahlte, Gefündigt 3000 Zentner. Regulierungspreis 148 bezahlte. - Erbsen per 1000 Kilo Rohwaare 190-205 Mark, Futterwaare 180 bis 189 M. - Mais per 1000 Kilo loco 127-131 bezahlte nach Qual. Nummischer - ab Bahn bezahlte, Amerik. - a. R. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50-30,50 M., 0: 30,50-29,50 M., 0,1: 29,50-28,50 M. - Roggenmehl inclusive Sacd., 0: 28,00 bis 27,00 M., 0,1: 27,00-26,00 M., August 26,75-26,85 bez., August-September 26,25-26,35 bez., September-Oktober 25,75-25,85-25,80 bez., Oktober-Nov. 25,50 bez., Nov.-Dezember 25,35 bezahlte, Dez.-Jan. 25,20 bezahlte, Jan.-Febr. 25,15 bezahlte, April-Mai 24,00 - Gefündigt - Delikat per 1000 Kilo Winterweizen neuer

220-245 Mark, Winterweizen neuer 215-240 Mark. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,0 M., bez. flüssig - M., mit Faß - Mark, August 55,0 bez., Aug.-Sept. 55,0 bez., September-Oktober 55,0 bez., per Okt.-Nov. 55,5 bez., per Nov.-Dez. 56,1-56,2 bez., per Dezember-Januar - bezahlte, April-Mai 1881 57,9 M. bezahlte. - Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bezahlte. - Leinöl per 100 Kilo loco 65 1/2 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 23,5 M., per August - M., per August-September - bezahlte, per September-Oktober 27,1 bez., per Okt.-Nov. 27,4 bez., per November-Dezbr. 27,9 bez., Gef. - Zentner. Regulierungspreis - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 60,5-60,8 bezahlte, per August 60,1-60,3 bez., August-September 60,9-60,2 bezahlte, per September-Oktober 56,8-57,2 bezahlte, per Oktober-November 55,3-55,5 bez., per November-Dezember 54,5-54,8 bezahlte, April-Mai 1881 55,7-56,1-56,0 bezahlte. - Gefündigt 100000 Liter. - Regulierungspreis 60,2 bez., April, Mai 57,9. (Berl. B. 3.) Breclan, 21. August. (Zwischen Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen: (per 200 Pfund.) höher, Gefündigt - Zentner. Abgelassene Kündigungsscheine - per August 204-205 bez., per August-September 192-194 Br. per September-Oktober 184 bez., per Oktober-November 182 Br. 181 Gd. per November-Dezember 177 Gd. per April-Mai 1881 177 bez. u. Br. Weizen: Gefündigt - Str. per August 220 Br. per September-Oktober 205 Gd. per Oktober-November 205-206 bez. Hafer: Gefündigt - Str. per August 140 Br. per September-Oktober 131 Gd. Petroleum: per 100 Rgr. loco und August 32,00 Br. Raps: per August 242 Br. per September-Oktober 245 Br. Rübsöl: unverändert, Gefündigt - Zentner, loco 55 Br. per August 4,00 Br. per August-September 53,50 Br. per September-Oktober 53,00 Br. per Oktober-November 53,75 Br. per November-Dezember 54,50 Br. per April-Mai 56,50 Br. Spiritus: spätere Termine höher, Gef. 10,000 Lit., per August

58 Br. per August-September 58,00 Br. per September-Oktober 55,40 Gd. per Oktober-November 54,00 Gd. per November-Dezember: 54,00 Gd. Zinf: ohne Umtas. Die Güter-Commission. Stettin, 21. August. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 18 Grad N. Barometer 28,5. Wind: D. Weizen nahe Termin höher, spätere unverändert, per 1000 Kilo lofo gelber alter 208 bis 215 Mark, neuer 200 bis 210 M., weißer alter 210-218 M., neuer 206-215 M., per August 200 M. bez., per September-Oktober 199,5-200,5-200 M. bez., per Oktober-November 197 M. bez., per Frühjahr 193 M. bez. - Roggen nahe Termine höher, per Frühjahr unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 180-193 M., russischer 178-185 M., per August 187-188 M. bez., per September-Oktober 175,5-177-176 M. bez., per Oktober-November 173,5 bis 173 M. bez., per Frühjahr 168,5-168 M. bez. - Gerste, per 1000 Kilo loco Oderbucht 158-172 M. bez. - Hafer, Erbsen und Mais ohne Handel. - Winterweizen matt, 1000 Kilo loco 220-240 M., per September-Oktober 238 M. bez., per Oktober-November 242 Mark bez., per April-Mai 256-255 M. bez. - Weizen matt, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 54,5 M. Br., per August 53,5 Mark Br., per September-Oktober 53,25 M. Br., per Oktober-November 53,75 M. Br., per April-Mai 56,75 M. Br. - Spiritus matter, per 10,000 Liter vSt. loco ohne Faß 59 M. bez., per August 59 M. bez., per August-September 58,6 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 55,8-55,5 M. bez., per Oktober-November 53,8 M. bez. u. Gd., per November-Dezember 53,2 M. Gd., per Frühjahr 54,7 M. bez. - Angemeldet: Nichts. - Regulierungspreise: Weizen 220 M., Roggen 187,5 M., Rübsöl 53,5 M., - Spiritus 59 M. - Petroleum loco 9,7 M. trans. bei Posten bez., Regulierungspreis 9,7 M. tr. Deutiger Landmarkt: Weizen 205-216 M., Roggen 185-195 M., Gerste 155-168 M., Hafer 153-158 M., Erbsen 165-175 M., Rübsen 237-243 M., Kartoffeln 34-42 M., Heu 2-2,5 M., Stroh 27-30 M. (Düsse-Blg.)

Berlin, 21. August. Das gestrige Nachgeschäft hatte mit einer kleinen Abwärtigung geschlossen, deren Wirkung sich in den Nebenbörsen der fremden Börsen wieder spiegelte. Doch lauteten die Nachrichten von außerhalb keineswegs ungünstig, und im Anschluß daran eröffnete der heutige Verkehr fest. Besonders gut beachtet waren aber Franzosen, welche auf die Nachricht von der Vebreinnahme der Staatsbahn in Höhe von 5846 Gulden 3 Mark ansetzten; auch Kreditaktien, welche etwas schwächer, als sie gestern geschlossen, einsetzten, holten ihren Verlust rasch ein und überschritten (trotz eines neuen Gerüchtes von

einem Ausfall der Semestral-Bilanz von 1,600,000 Gulden gegen das Vorjahr) den höchsten Stand der gestrigen Börse. Nicht fest lag rumänische Staatsanleihe; dagegen gaben ungarische Goldrente, russische Anleihen und russische Noten Kleinigkeiten nach. Auch Bergische und andere Eisenbahnwerte lagen schwach und still. Ziemlich gut behauptet erschienen Laurahütte und Dortmunder Union, in denen aber die Umsätze beschränkt blieben. Ueberhaupt fehlte dem Verkehr Anregung und Lebhaftigkeit; die Fähigkeit, welche an sich auch nur auf ziemlich schwachen Füßen stand, war mehr auf die Inter-

vention einiger Spekulanten zurückzuführen, als auf thatsächlich vorhandene Kauflust. Die gegen baar gehandelten Aktien blieben sehr still, Anlagewerthe fest, aber ohne Geschäft. - Die zweite Stunde verlief wie die erste recht still; Franzosen und Kredit-Aktien, so wie rumänische Renten behaupteten ihre feste Haltung. Rheinische Bergbau-Prioritäten 103,75 bez. und Gd. - Per Ultimo notirte man Franzosen 485-6-5,50, Lombarden 139,50-139, Kredit-Aktien 475,50-8,50, Diskontokommandit-Antheile 175,50-5,75.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 21. August 1880.

Preussische Fonds- und Staats-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Stadt-Obl.) and their corresponding prices in marks and cents.

Table listing various bonds and their prices, including items like 'Bonn. S.-B. 1.20', 'do. II. IV. 110', etc.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Russia, and others, with their respective prices.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from various regions like 'Babische Bank', 'Bl. f. Rheinl. u. Westf.', etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as 'Brauerei Pagenhof', 'Deutsche Bauzeig', etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from various lines like 'Aachen-Mastricht', 'Altona-Kiel', etc.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway preference stocks from various lines like 'Aachen-Mastricht', 'Berg-Markische', etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table listing railway preference stocks from various lines like 'Berlin-Dresden', 'Berlin-Görlitzer', etc.

Rheinische Eisenbahn-Prioritäten.

Small table listing specific railway preference stocks.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway preference stocks from various lines like 'Aach.-Mastricht', 'Berg-Markische', etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign preference stocks from various countries like 'Elizabeth-Westbahn', 'Gal. Karl-Ludwig', etc.